

Die Unia droht, behindert, nötigt

Die Unia legt eine SBB-Baustelle lahm und verlässt den Boden der Legalität. Die vor zehn Jahren entstandene Grossgewerkschaft verabschiedet sich zusehends von der traditionellen Sozialpartnerschaft. Ihre draufgängerischen Methoden erinnern an südeuropäische Syndikate. *Von Florian Schwab*



«Hier kommt ihr nicht durch»: SP-Ständerat Rechsteiner an der Unia-Blockade in Baden-Dättwil.

Im Zürcher Volkswirtschaftsdepartement fiel man letzten Donnerstag aus allen Wolken: Sollten bis am Montag die Probleme auf einer SBB-Baustelle unter der Löwenstrasse nicht behoben sein, werde sie «von der Unia geschlossen», drohte die Gewerkschaft in einer Medienmitteilung. Darin warf sie den SBB und dem kantonalen Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) vor, auf der Baustelle seien polnische Scheinselbstständige in der Brandschutzisolierung tätig, für die der Mindestlohn nicht gelte.

Die SBB teilt mit, sie habe bis am vergangenen Montag alle auf der Baustelle tätigen Unternehmen aufgefordert, die Einhaltung der gesetzlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen erneut zu bestätigen. Diese Bestätigungen seien fristgerecht eingereicht worden.

Trotzdem hat die Unia am Dienstag durchgesetzt, dass alle Brandschutz-Arbeiter zu Hause blieben. Den Fortgang der Arbeiten will

sie mit allen Mitteln verhindern, bis Lohnforderungen im Umfang von mehreren hunderttausend Franken bezahlt seien.

Mit der teilweisen Schliessung der Baustelle verlässt die Unia den Boden des Gesetzes. Sie hat sich nämlich im Gesamtarbeitsvertrag des Isoliergewerbes zur «absoluten Friedenspflicht» bekannt. Dieses Versprechen bricht sie nun. Für den Zürcher Unia-Chef Roman Burger ist dies kein Problem: An einer Medienorientierung bezeichnete er die Frage, ob die Unia die Baustelle aus rechtlicher Sicht überhaupt schliessen darf, als «semantisch».

Dabei ist die Rechtslage eindeutig: Das Entsendegesetz regelt das Vorgehen beim Verdacht auf Scheinselbstständigkeit. Zunächst muss die zuständige paritätische Kommission (PK), bestehend aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern, den Sachverhalt abklären. Im Isoliergewerbe leitet der Unia-Mann Rolf

Frehner diese Kommission. Die PK beauftragt die Arbeitskontrollstelle im Kanton Zürich (AKZ) mit den Kontrollmassnahmen. Auch in der AKZ ist die Unia dabei. Frehner, dessen PK durch das Vorpreschen der Unia-Freunde übergegangen wurde, sieht tatenlos zu. Er lässt eine Anfrage unbeantwortet.

Erst nach einer offiziellen Meldung durch die AKZ kann das Amt für Wirtschaft tätig werden und die betreffende Firma sanktionieren. Dabei muss es sich an rechtsstaatliche Grundsätze halten und darf die Baustelle nicht sofort willkürlich schliessen, wie die Unia es mit einer überaus sportlichen Frist von drei Werktagen forderte.

Unia-Sprecher Lorenz Keller rechtfertigt sich mit Hinweis, die Fälle seien «eindeutig». Zudem sei das AWA schon seit dem 7. Oktober von der AKZ über die Zustände ins Bild gesetzt worden. Als Beleg legt die Unia ein Formular vor, in welchem ein AKZ-Kontrollleur bei einem polnischen Arbeiter das Fehlen von Dokumenten feststellt. Auf dem Verteiler ist auch das Amt für Wirtschaft und Arbeit vermerkt. Allerdings bestätigen sowohl die AKZ als auch das AWA, dass das Formular erst am vergangenen Montag den Weg zum Amt fand — nach dem Ultimatum der Unia. Die Gewerkschaft behauptet dagegen, das AWA habe wochenlang geschlafen. «Was die Meldung an unser Amt betrifft, so verbreitet die Unia die Unwahrheit», sagt Peter Meier, Leiter Arbeitsbedingungen. Die beteiligten Firmen betonen, dass die Unia das Gespräch nicht gesucht habe, sondern sofort zum medialen Vorschlaghammer gegriffen habe.

Es ist nicht das erste Mal, dass es die Unia mit Recht und Gesetz nicht so genau nimmt. Ein jüngeres Beispiel, das für die Angestellten ein bitteres Ende nahm, ist der Streik, den die Unia im letzten Juni in einem Tankstellenshop im aargauischen Baden Dättwil orchestrierte. Die Gewerkschaft war mit Dutzenden inländischen und ausländischen Mitgliedern und Sympathisanten angerückt. Gemeinsam mit den streikenden Angestellten blockierte sie das Gelände der Arbeitgeberin, der Firma Spar. Als andere Mitarbeiter, von der Unia als «Streikbrecher» beschimpft, den Tankstellenshop wieder in Betrieb nehmen wollten, gab der schreiende Mob den Weg nicht frei. In vorderster Reihe standen nicht die betroffenen Mitarbeiter, sondern Unia-Funktionäre. «Hier kommt ihr nicht durch», beschieden sie den arbeitswilligen «Streikbrechern». Gegenüber *Blick-TV* rechtfert-

tigte Unia-Mann Pascal Pfister die krawallhaften Szenen: Spar habe schliesslich damit gedroht, die Streikenden zu entlassen.

Am 6. Juni stellte das Bezirksgericht Baden in einer superprovisorischen Verfügung fest, dass die Aktion rechtswidrig war. Trotzdem erschien am 9. Juni zum «Streikfest» auf dem blockierten Gelände allerlei Gewerkschaftsprominenz. Gewerkschaftsbund-Präsident Paul Rechsteiner, als gewählter SP-Ständerat rechtsstaatlichen Prinzipien verpflichtet, trat als Redner auf. Gegenüber der *Weltwoche* wollte er zu dem heiklen Auftritt nicht Stellung nehmen.

Doch die Unia überspannte den Bogen: Die zehn Angestellten, die sich bis zum Schluss an der Blockade beteiligt hatten, wurden fristlos entlassen. Die geplante Ausweitung auf das gesamte Unternehmen blieb aus, geschweige denn auf die ganze Detailhandelsbranche, eine der erklärten «Aufbau-Branchen» der Unia, wo sie sich in Zukunft stärker etablieren möchte.

Erfolgreicher war die Unia einen Monat später, beim Gärtner-Streik im Kanton Schaffhausen. Monatelang hatte sie auf Gartenbaustellen gezielt die Mitarbeiter aufgewiegelt, um schliesslich Anfang Juli acht Betriebe lahmzulegen. Anders als in den Fällen SBB und Baden Dättwil hütete sich die Gewerkschaft, die Legalität zu verlassen. Berichtet wird aber von massivem Druck, mit dem die Gewerkschaft die

Gärtner zur Teilnahme bewegte. Lehrlinge wurden während der Lehrabschlussprüfung zu Hause abgefangen, arbeitswillige Gärtner von aufmarschierenden Unia-Leuten ebenfalls zu Hause eingeschüchtert und mit Drohungen am Arbeiten gehindert. Unia-Streikführer Simon Wunderli bestätigte gegenüber Radio Munot, dass die Unia die Gärtner zu Hause aufsuchte – als sei dies eine Selbstverständlichkeit.

In einem Fall betraten die Gewerkschafter spät abends das Grundstück eines zunächst nicht streikwilligen Lehrlings und verwickelte diesen in lange Gespräche. Der Jugendliche fühlte sich so unter Druck gesetzt, dass er

Lehrlinge wurden zu Hause abgefangen, arbeitswillige Gärtner eingeschüchtert.

schliesslich ebenfalls die Arbeit niederlegte. Die 160 Franken Streikgeld, die Unia-Mann Burger pro Tag auszahlte, waren dem Lehrling ein zusätzlicher Anreiz.

Schliesslich kapitulierten die Schaffhauser Gartenbau-Unternehmen. Sie akzeptierten die Unia als Vertragspartnerin und gewährten den Angestellten eine Lohnerhöhung. Im Kanton Schaffhausen, wo die Konkurrenz aus Deutschland spürbar ist, könnte das für etliche Betriebe existenzbedrohend werden.

Beobachter der Gewerkschaftsszene stellen eine zunehmende Radikalisierung fest, seit die Unia 2004 als Grossgewerkschaft aus etlichen kleineren Vorgängerorganisationen gegründet wurde. Beat Kappeler, früher während fünfzehn Jahren Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds und heute ein liberaler Publizist, spricht von einem Mentalitätswandel, den die Unia zu verantworten habe. «Im deutschsprachigen Raum, in den Niederlanden oder in Skandinavien suchen die Gewerkschaften mit den Unternehmern traditionell die Win-win-Situation», sagt Kappeler. In südeuropäischen Ländern sei das anders. «Dort herrscht die Haltung: <Was der Firma schadet, ist gut für die Mitarbeiter.> Die Folge sind dysfunktionale Sozialpartnerschaften.» Dass sie damit der Wirtschaft Schaden zufügten, sei für die dortigen Gewerkschaften unerheblich, meint Kappeler.

Die aggressive Gangart der Unia, mit der sie oftmals den Boden der Legalität verlässt, erinnert an radikale italienischer Gewerkschaften, mit denen bereits die Unia-Vorgängerorganisation Gewerkschaft Bau und Industrie intensiv zusammenarbeitete. Zufall oder nicht: Fünf von neun Mitgliedern der Unia-Geschäftsleitung haben einen italienischen Pass, darunter die beiden Co-Präsidenten Renzo Ambrosetti und Vania Alleva. «Die Italo-Connection hat sich nach der Fusion durchgesetzt», bilanziert ein ehemaliger Unia-Mann. ○



FM 93.6
RADIO DIE WELTWOCH

ROGER G E G E R ROGER



ZWEI STANDPUNKTE, ZWEI MEINUNGEN.

LIVE AUS DEM ROMANTIK SEEHOTEL SONNE, SEESTRASSE 120 IN KÜSNACHT

4. NOVEMBER 2013 · 18:00 BIS 18:50 UHR · TÜRÖFFNUNG 17:00 UHR

EINTRITT NUR MIT ANMELDUNG UNTER TICKETS@RADIO1.CH (PLATZZAHL BESCHRÄNKT).

sonne
Romantik Seehotel
Küsnacht am Zürichsee

